

Editorial zur Europa-Politik: Der stille Tod der Bilateralen

Von Arthur Rutishauser, SonntagZeitung

<https://www.tagesanzeiger.ch/editorial-zur-europa-politik-der-stille-tod-der-bilateralen-iii-431548301252>

Auch wenn das Gegenteil behauptet wird: Der Bundesrat hat am Mittwoch still und heimlich die Bilateralen III beerdigt.

Während die Welt und die Schweizer Medien nach Amerika schauten, berieten unsere Bundesrätinnen und Bundesräte am Mittwoch über Europa. Oder genauer gesagt über das, was in den letzten Jahren Rahmenabkommen genannt wurde und jetzt Bilaterale III heisst.

Die Begeisterung ist nicht gross. Die beiden SVP-Bundesräte Guy Parmelin und Albert Rösti sind sowieso dagegen, egal, wie die Verhandlungen enden. Karin Keller-Sutter im Herzen auch, auch wenn sie das öffentlich nicht so sagt.

Bleibt also noch eine hauchdünne Mehrheit bestehend aus Ignazio Cassis, Elisabeth Baume-Schneider, Beat Jans und vor allem der aktuellen Bundespräsidentin Viola Amherd, die grundsätzlich einen Vertrag mit der EU will, wenn er denn akzeptabel ist. Die Argumente sind seit Jahren dieselben: Ein Vertrag bringt Ruhe in die Beziehungen zu unserem grössten Handelspartner, Themen wie Energieversorgung, Forschung bis hin zu Industrienormen lassen sich ein für alle Mal regeln. Auf der negativen Seite steht der Souveränitätsverlust, die zusätzliche Bürokratie, die die EU-Regeln schaffen, und ungeklärte Fragen beim Lohnschutz, vor allem im Bau und baunahen Gewerbe.

Was ging denn nun vor, letzten Mittwoch im Bundesrat? Offiziell nicht viel, laut Communiqué will man noch etwas weiterverhandeln und einige Zugeständnisse bei der Zuwanderung herausholen. Eine Schutzklausel, so heisst das Zauberwort, oder wenigstens etwas, was man als das verkaufen könnte, ohne sich zu blamieren. Ein Sieg muss noch her vor Verhandlungsabschluss, sonst sind die Bilateralen III bereits gescheitert, bevor sie ins Parlament kommen. Und vor allem: Es braucht ein präsentables Ergebnis auch darum, weil der Bundesrat alles kann, ausser die Verhandlungen nach zehn Jahren und zwei vergebenen Anläufen noch einmal abrechnen – sonst machen sich unsere Magistratinnen und Magistraten in Brüssel komplett lächerlich.

Also, und so viel Spekulation sei erlaubt, wird am Ende unsere Regierung die Verhandlungen mit der EU erfolgreich abschliessen. Ob formal noch dieses Jahr oder im Januar, ist da gar nicht so erheblich. Im nächsten Februar wird sich Karin Keller-Sutter nach Brüssel begeben, sie wird dannzumal Bundespräsidentin sein und das Vertragswerk unterzeichnen.

Was dann passiert, ist eine Frage der Mathematik. Denn dann kommt der Vertrag ins Parlament, und im Nationalrat wird es spannend. Der Block der SVP, er umfasst 70 Stimmen, wird geschlossen dagegen stimmen. Denn jedem und jeder, der oder die aus dieser Fraktion ausscheren würde, droht sozusagen die Exkommunikation. Die

Linke wird wahrscheinlich für die Verträge sein, sagen Quellen von links und rechts. Offenbar wurden die Gewerkschaften hinter den Kulissen ins Boot geholt. Es soll Zugeständnisse geben bei Gesamtarbeitsverträgen, Branchenlösungen und Spezialregelungen im Baugewerbe, die es der ungeliebten ausländischen Konkurrenz erschweren, in die Schweiz zu kommen. Da treffen sich die protektionistischen Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer durchaus.

Interessant wird es bei der Mitte und der FDP. Von dort kamen in den letzten Monaten immer mehr [kritische Stimmen](#). Gerade die FDP, die vor ein paar Jahren noch stramm hinter dem Rahmenabkommen stand, hat gemerkt, dass sich [viele ihrer Mitglieder mit der Autonomiestraße identifizieren und nicht mit der Economiestraße](#), die die Interessen der Grosskonzerne vertritt. Beim einst mächtigen Wirtschaftsverband ging der Realitätssinn allgemein schon vor längerer Zeit verloren. Das zeigt sich nirgends deutlicher als in der Europafrage, wo es dem Verband kaum mehr gelingt, prominente Köpfe für eine Kampagne zu gewinnen.

Was bei Economiestraße passiert, ist sinnbildlich für die FDP, deren Basis gespalten ist. Um Streit zu vermeiden, wäre es für deren Präsident Thierry Burkart darum am besten, es gäbe nie eine Volksabstimmung zu den Bilateralen III. Was bietet sich da besser an als die Gelegenheit, das Paket schon im Nationalrat zu versenken? Ähnlich verwickelt stellt sich die Situation in der Mitte dar. Gerhard Pfister ist schon seit Jahren Euroskeptiker, die Basis, ausser in Basel, auch. Also wird, so viel spekulative Mathematik sei erlaubt, das Schicksal der Bilateralen III besiegelt, bevor es überhaupt zur Volksabstimmung kommt. Die Vorlage wird scheitern, und damit ist der Rahmenvertrag definitiv tot. Interessant ist, dass für die Zeit danach niemand einen Plan B hat.